

E-Mail an Die Politik – CDU/CSU

Kontext

Die Bundesregierung hat eine Gesetznovelle („**Gesetz zur Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes**“) auf den Weg gebracht, die starke Abschwächungen am Lieferkettengesetz vorsieht. Die Novelle wurde am 16. Januar 2026 im Bundestag in erster Lesung debattiert und anschließend an die Ausschüsse verwiesen. Aktuell wird die Gesetznovelle also in den Ausschüssen und innerhalb der **Bundesregierung** diskutiert.

Adressat*innen

Als Kanzlerpartei hat die **Union aus CDU und CSU** den größten Einfluss auf die aktuellen Verhandlungen. Der Bundeskanzler und andere Unionspolitikerinnen haben sich immer wieder negativ zum Lieferkettengesetz geäußert. Umso wichtiger ist es, sie an die christlichen Werte zu erinnern, die mit Kinderarbeit, Ausbeutung und Umweltzerstörung nicht vereinbar sind.

- Der Bundeskanzler **Friedrich Merz** kann unter poststelle@bk.bund.de angeschrieben werden.
- Auch die Bundesministerin für Wirtschaft und Energie **Katherina Reiche** ist eine wichtige Adressatin. Sie ist unter buergerdiallog@bmwe.bund.de erreichbar.
- Aber auch alle anderen **CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten** können sich dazu einbringen und sollten an ihre Verantwortung erinnert werden. Auf dieser [Seite von Abgeordnetenwatch](#) sind alle CDU/CSU-Abgeordneten aufgelistet. Sucht Euch die Mitglieder raus, die ihr anschreiben möchtet.

Die E-Mailadressen der Bundestagsabgeordneten setzen sich immer wie folgt zusammen: **vorname.nachname@bundestag.de**. Umlaute werden ausgeschrieben. Für **Lars Ehm** (CDU), Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, lautet die Adresse also zum Beispiel zum Beispiel lars.ehm@bundestag.de. Für **Peter Aumer** (CSU), der sich ebenfalls im Ausschuss für Arbeit und Soziales mit dem Lieferkettengesetz befasst, lautet sie peter.aumer@bundestag.de.

Nach diesem Muster könnt ihr alle Kontakte selbst erstellen.

Schreibt die Adressat*innen direkt von eurem E-Mailprogramm aus an. Ihr könnt dazu das folgende Textbeispiel als Vorlage nutzen.

Textbeispiel

Betreff: Lieferkettengesetz stärken statt abschwächen!

Sehr geehrter Herr [NAME] / Sehr geehrte Frau [NAME],

aktuell wird in den Ausschüssen und innerhalb der Bundesregierung über die Gesetznovelle zur Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) diskutiert. Ich bitte Sie, sich als Mitglied der CDU/CSU für den Erhalt eines starken Lieferkettengesetzes einzusetzen.

Das Lieferkettengesetz ist ein Meilenstein gegen Ausbeutung und Kinderarbeit und auch ein Erfolg der Union, die dieses Gesetz 2021 mit auf den Weg brachte. Seither wirkt das Gesetz – mit Erfolg: Das Lieferkettengesetz führte bereits zu konkreten Verbesserungen für Beschäftigte, beispielsweise im Transportsektor in Deutschland oder auf Bananenplantagen in Ecuador. Das Lieferkettengesetz sorgt dafür, dass Unternehmen sich systematisch damit auseinandersetzen, welche Auswirkungen ihre Geschäftsmodelle auf Menschenrechte und Umwelt weltweit haben.

Dennoch wird die Umsetzung des Lieferkettengesetzes bereits jetzt unterminiert. Die für die Durchsetzung des Gesetzes zuständigen Behörde BAFA erhielt im Herbst 2025 eine Weisung des Wirtschaftsministeriums, keine Unternehmensberichte mehr zu prüfen und Sanktionen nur noch bei schweren Menschenrechtsverletzungen zu verhängen. Juristischen Einschätzungen zufolge ist dieses Vorgehen verfassungswidrig, da es die Umsetzung eines geltenden Gesetzes behindert.

Die Gesetznovelle enthält zudem Vorschläge, die das Schutzniveau des Gesetzes erheblich schwächen würden. Dies würde Kinder, Arbeiterinnen und Arbeiter und unsere Umwelt gefährden – und ist mit christlicher Verantwortung nicht vereinbar.

Ich bitte Sie, Ihre politische Stimme zu nutzen, um sich für ein wirksames Lieferkettengesetz stark zu machen, das sowohl unserer Umwelt und den Kindern und Arbeiterinnen und Arbeitern weltweit, als auch den Unternehmen in Deutschland nutzt.

Mit freundlichen Grüßen

[DEIN NAME]